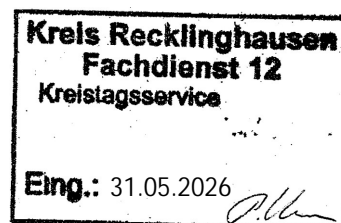




An den
Landrat des Kreises Recklinghausen
Bodo Klimpel
Kurt-Schumacher-Alle 1
45657 Recklinghausen



29.05.2026

Antrag der Kreistagsfraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke

**hier: Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung der Projekte
„Demokratie leben!“**

Sehr geehrter Herr Landrat Klimpel,

die Kreistagsfraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke bitten darum, den o.g. Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreistags zu setzen und in der Sitzung folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag fordert die Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter Leitung von Ministerin Karin Prien, auf,

- 1. von einer grundlegenden Umstrukturierung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ während der laufenden Förderperiode abzusehen,**
- 2. eine auskömmliche Finanzierung des Programms zu gewährleisten, insbesondere auch für bereits bewilligte Maßnahmen und langfristig angelegte Projekte,**
- 3. die Ergebnisse der laufenden Evaluation transparent abzuwarten und in einem partizipativen Verfahren unter Einbindung der beteiligten Träger über mögliche Weiterentwicklungen zu entscheiden,**

4. die gewachsenen zivilgesellschaftlichen Strukturen in der Demokratieförderung, Extremismusprävention und politischen Bildung nachhaltig zu stärken.

Begründung:

Die Bundesregierung plant unter der Leitung von Bildungsministerin Prien, das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ „neu aufzustellen“, was bedeuten könnte, die Fördermittel zu streichen und das Programm damit zu beerdigen. Dies geschieht zu einer Zeit, in der Demokratie und politische Bildung, ebenso wie das Klima und die Wirtschaft vor großen Herausforderungen stehen.

Auch die Arbeit von Trägern im Landkreis ist davon betroffen. Diese setzen sich für bürgerschaftliches Engagement und eine starke Zivilgesellschaft ein. Wir sind davon überzeugt, dass diese unverzichtbare Bestandteile eines handlungsfähigen Sozialstaats sind, da sie Vertrauen schaffen, Teilhabe ermöglichen und unsere Demokratie zusammenhalten. Der aktuelle 3. Demokratiebericht der LPBNRW macht deutlich, wie wichtig Bildung für eine offene Gesellschaft ist. Bei uns vor Ort besonders betroffen wäre das Salvador-Allende-Haus in Oer-Erkenschwick. Hier würden nicht nur zwei Stellen von Mitarbeitenden zum Jahresende wegfallen, die Veränderungen würden sich ebenso negativ auf die Belegungszahlen des Hauses auswirken, was schwerwiegende finanzielle Folgen für die Einrichtung hätte. Zudem könnte die wichtige, demokratiestärkende Bildungsarbeit, die dort geleistet wird, nicht weiter fortgesetzt werden.

Die Zahl extremistischer Vorfälle an Schulen nimmt zu, engagierte Kommunalpolitikerinnen und -politiker werden bedroht oder angegriffen, und im digitalen Raum befeuern Extremisten die Radikalisierung aller Altersgruppen. Tagtäglich erleben wir gefährliche antidemokratische Diskursverschiebungen. Nach Wahlen feiern Rechtsextreme Rekordergebnisse und ihre Menschenfeindlichkeit droht in manchen Regionen unseres Landes zur gesellschaftlichen Normalität zu werden. Es ist offensichtlich, dass das Modell unserer liberalen Demokratie massiv unter Druck steht.

Es ist äußerst bedenklich, dass ausgerechnet in dieser kritischen Situation mit „Demokratie leben!“ das zentrale Demokratie-Förderprogramm der Bundesregierung umfassend umgebaut werden soll. Diese geplante Neuausrichtung wirft ernsthafte Fragen auf, da sie etablierte Strukturen und über Jahre hinweg aufgebaute Expertise gefährdet, die im Kampf gegen Extremismus, Antisemitismus, Rassismus und Radikalisierung sowie zur Demokratieförderung unerlässlich sind. Der potenzielle Verlust dieser wertvollen Ressourcen ist nicht nur alarmierend, sondern stellt auch die Wirksamkeit der bisherigen Maßnahmen in Frage.

Die Expertise, die spezialisierte Träger und Verbände im Bereich der Demokratieförderung durch jahrelange Erfahrung und Engagement erworben haben, ist von unschätzbarem Wert. Diese Organisationen fungieren als professionelle Partner von Regelstrukturen wie Schulen, Verwaltungen,

Feuerwehren, Sportvereinen und Bibliotheken, die zunehmend auf ihre Unterstützung angewiesen sind. Gleichzeitig müssen auch diese Institutionen einen entscheidenden Beitrag leisten, um die Expertise in die Breite der Gesellschaft zu tragen und effektiv gegen Radikalisierung vorzugehen.

Der geplante Umbau von „Demokratie leben!“ gefährdet nicht nur einzelne Projekte, sondern die gesamte Grundlage der bürgerschaftlichen Demokratietarbeit. Werden die zivilgesellschaftlichen Strukturen mit Fachkenntnis in der Demokratieförderung erst einmal geschwächt oder gar abgebaut, wird es bestenfalls Jahre dauern, sie wieder aufzubauen.

Natürlich müssen staatliche Förderprogramme regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft werden, wie es auch der Koalitionsvertrag vorsieht. Dieser Evaluationsprozess ist jedoch noch nicht abgeschlossen, daher ist es verfrüht, von fehlender Zielerreichung zu sprechen. Im Gegenteil: Die zivilgesellschaftliche Demokratietarbeit hat ein starkes Interesse daran, ihre Programme weiterzuentwickeln und zu optimieren – was aber erst nach einer transparenten und partizipativen Evaluierung möglich ist. Der mitten in der laufenden Förderperiode angekündigte Umbau des Förderprogramms widerspricht diesen Prinzipien von Vertrauen und Respekt gegenüber den Akteuren vor Ort und bestätigt die gezielten Desinformationskampagnen gegen demokratisches zivilgesellschaftliches Engagement.

Wir bitten die Bildungsministerin daher eindringlich, von einer umfassenden Umstrukturierung von „Demokratie leben!“ während der laufenden Förderperiode abzusehen. Ein solcher Umbau würde die Expertise zivilgesellschaftlicher Organisationen unverhältnismäßig stark beeinträchtigen und die Wirksamkeit der gesamten bürgerschaftlichen Extremismusprävention und Demokratietarbeit gefährden. Wir dürfen den Gegnern der Demokratie keinen solchen Vorteil verschaffen!



Arvid Weber

Vors. SPD-Kreistagsfraktion



Nina Wulbrand

*Vors. Kreistagsfraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN*



Timo Eismann

*Vors. Kreistagsfraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN*



Rolf Kohn

*Vors. Die Linke Fraktion im
Kreistag Recklinghausen*